

# Neue-Zeitung

## Halle'sche Neueste Nachrichten • Handelsblatt für Mittelddeutschland

Die „Neue-Zeitung“ erscheint am jedem Montag außer an den Feiertagen. Das monatliche Abonnement beträgt 3 Mark. Einzelhefte 10 Pfennige. Die Anzeigen werden nach dem Tarif der Reichsanzeiger berechnet. Die Redaktion befindet sich in Halle a. S., Postfach 1000. Druckerei: Druckerei der „Neue-Zeitung“ in Halle a. S.

Die Anzeigen werden nach dem Tarif der Reichsanzeiger berechnet. Die Redaktion befindet sich in Halle a. S., Postfach 1000. Druckerei: Druckerei der „Neue-Zeitung“ in Halle a. S.

### Neues in Kürze.

#### Drahtmeldungen und Radiotelegramme.

Der braunschweigische Landtag hat gestern in der ersten Sitzung sein Präsidium gewählt. Der Abgeordnete Wessel (DVP) wurde zum Präsidenten gewählt. Zum ersten Vizepräsidenten wurde auf Vorschlag der Sozialdemokraten der Abgeordnete Wemmer, zum zweiten Vizepräsidenten der bürgerliche Abgeordnete Dr. Klotz gewählt. Die rechtsbürgerlichen Parteien haben sich zu einer parlamentarischen Arbeitsgemeinschaft nationaler Verbände zusammengeschlossen.

Das sozialdemokratisch-demokratische Ministerium ist zurückgetreten. Die Kammern des Ministeriums sollen heute stattfinden. Die Arbeitsgemeinschaft nationaler Verbände hat ein aus Beamten bestehendes Sachministerium in Aussicht genommen.

Zur Regierungsbildung hat der Hamburger Bürgerkongress folgende Entschlüsse an den Reichsbürgerrat zur Weiterleitung telegraphisch übermittelt: „Das Ergebnis der Wahlen zeigt die Unmöglichkeit der Bildung einer Parteienregierung. Wir erwarten die künftige Verwirklichung einer Persönlichkeitsregierung, um das Vaterland nicht durch Parteienstreit zu gefährden und die Erzielung wichtiger Geschäfte zu ermöglichen.“

Wie verlautet, will Adolf Sittler das Wiederannahmeverfahren betreiben, da er die Auslagen des Kronzeugen als unzureichend ansehen möchte. — Eine Schätzung der Reichsregierung über die Höhe der Kosten für die Verwirklichung der Volkswirtschaftlichen Materien, das Niederlassungsabkommen und das Wirtschaftsabkommen erstreckt, wenn auch eine Anzahl wesentlicher Forderungen auf beiden Seiten noch zurückgestellt worden sind, ist doch über eine Reihe von Fragen Übereinstimmung erzielt worden. Über die unentschieden gebliebenen Punkte werden die Verhandlungen nach der Weihnachtspause fortgesetzt werden.

Berlin, 23. Dezember. Die Mitglieder der deutschen Delegation für die in Moskau stattfindenden deutsch-russischen Verhandlungen sind nach Berlin zurückgekehrt. Die Verhandlungen haben sich in der Hauptphase auf die wirtschaftlichen Materien, das Niederlassungsabkommen und das Wirtschaftsabkommen erstreckt, wenn auch eine Anzahl wesentlicher Forderungen auf beiden Seiten noch zurückgestellt worden sind, ist doch über eine Reihe von Fragen Übereinstimmung erzielt worden. Über die unentschieden gebliebenen Punkte werden die Verhandlungen nach der Weihnachtspause fortgesetzt werden.

Das Reichsamt für den Verkehr hat gestern nachmittag unter Vorsitz des Vizekanzlers Dr. Jarres zu einer Sitzung zusammen, in der der deutsche Bevollmächtigte, Staatssekretär Erensdorff, über den Stand der deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen Bericht erstattete.

Nach den Pariser Morgenblättern wurden in den letzten Sitzungen am 24. und 25. Januar die Arbeiten der Kommission, die die Wirtschaftsinteressen Ende der Woche an Deutschland abgeben wird. Die Wirtschaftsinteressen, die ihre Sitzungen am Sonntag vertrat, da die Note in ihrer endgültigen Fassung erst dann vorliegen wird.

Ueber den Inhalt der Note teilt „Recht Journal“ mit: Die Verbündeten Regierungen werden Deutschland erklären, daß der vorläufige Bericht der internationalen Militärkontrollkommission nicht befriedigt. Weiter wird darauf hingewiesen werden, daß die Kontrollkommission ihre Arbeiten, die ihren Schlußbericht, erst einige Wochen nach dem 10. Januar 1925 werden beenden können. Die Verbündeten werden erst dann den Zeitpunkt der Räumung Kölns angeben in der Lage sein. Was dahin wird die Räumung ohne Angabe eines bestimmten Datums verzögert.

Von zuständiger englischer Seite wird mitgeteilt, daß der Standpunkt der britischen Regierung in der Frage der Räumung Kölns seit dem Besuch des deutschen Botschafters bei Chamberlain nicht von dem von Lord Curzon im Oberhaus bezogenen Standpunkt abgewichen ist. Der endgültige Bericht der Militärkontrollkommission wird nicht vor der dritten Januarwoche erwartet werden.

Aus der Kölner Zone verlautet, daß die dortigen englischen Behörden im Rheinland über die ganze Sache sehr unangelegentlich sind. Sie hätten sich mit den Deutschen immer sehr gut verstanden und wollten gerne freundlich mit ihnen verfahren, während jetzt die Frage unbedingt zu Verhandlungen führen werde.

Aus London wird gemeldet: Die Einladungen an die englischen Kolonien zur britischen Reichskonferenz in London über das Genfer Protokoll wurden gestern früh abgelehnt.

## Die deutsche Völkerbundsnote.

Als ich die gestern im Auszug mitgeteilte Note an den Völkerbund las, da kam mir ein Wort des jugendlichen Schiller in den Sinn, mit dem er den großen Jean Jacques Rousseau gedachte: „Monument von unferer Zeiten Schande / Erwige Schmach, schrift deiner Mutter Lande.“

Diese Note, die mit erschütternder Ehrlichkeit den vollständigen Zusammenbruch unserer Staatsmacht, die vollkommene Wehrlosigkeit des größten Volkes Europas inmitten von kleineren und kleinsten bis an die Zähne bewaffneten Feinden darlegt, wird ein in der Geschichte ewig lebendes Zeugnis unserer Schmach und zugleich auch ein unvergängliches Monument von unferer Zeiten Schande sein, dieser Zeiten, die im Kampf gegen Deutschland alle höchsten Ideale der Menschheit als Banner vorantreiben — und die alle Ideale — alle — verrietern!

Man mag über die in dem Memorandum an den Völkerbund vom 23. September jutage tretende Außenpolitik sehr anderer Meinung als die damalige Regierung sein, was einmal geschähe ist, ist nicht mehr rückgängig zu machen. Auch darüber kann man anders denken, ob es glünftig war, daß die jegliche, schon aufgelöste und nur noch vorläufig weiter geführte Regierung, statt einer endgültigen, die jegliche Völkerbundsnote in die Welt geschickte. Aber die Note selbst ist im ganzen genommen zweifellos geschickt. Jetzt, wo eben die Enterte sich daran macht, den neuen Bruch des Berliner Vertrages, die Nichträumung der Kölner Zone, damit zu begründen, Deutschland habe nicht einwilligt, muß der Hinweis auf die bisher nicht getanen Waffenlieferungen aller unferer Nachbarn und auf den unisbaren Wi-

derbruch, in dem diese Küstungen zu dem ganzen Völkerbundsgebanken stehen, der Welt einen tiefen Eindruck machen. Jetzt muß auch da, wo bisher der Glaube an die gute Sache der Allierten unerschütterter war, dieser Glaube ins Wanken kommen. Zu groß, zu mächtig ist der Gegensatz zwischen angebllichem Ideal und Wirklichkeit. Bezeichnend ist, daß fast die gesamte englische Presse die Note abbrückt: sie wagen sie nicht zu verschweigen; allerdings wagen sie — aus schlichtem Gemissen — auch kaum, dazu Stellung zu nehmen. Wir haben an dieser Stelle oft genug die Handlungen unferer Regierung kritisieren müssen. Heute können wir, wenn wir von Einzelheiten absehen, ihr nur unfern Dank zollen. Der tiefe Ernst der Note wird nachwirken und wird den Staatsmännern der Entente immer deutlicher machen, daß die Wahrheit und das Recht nicht aufzuhalten sind. Wenn heute in aller Welt die Nichträumungsläden läuten und in den Herzen der Menschen den Glauben an das Gute und Gute in Menschen erneuern, dann wird auch dieser Völkerbundsnote die gesuchten deutschen Völker mitteilen und wir helfen, den Weg in eine bessere Zukunft zu bereiten.

Der Reichskanzler Herr hat in einem Interview zur Frage der Räumung der Kölner Zone in sehr erster Weise darauf hingewiesen, daß die Nichträumung wegen angeblichen „Verfälschungen“ einer Note zur alten Sanktionspolitik sei und daß sie die ganzen Ergebnisse der Londoner Konferenz in Frage stelle, da der große Preis, den Deutschland mit Uebernahme der Damesalzen zahlte, dann vergeblich geschickt wurde.

## Der Ebert-Prozeß.

Wie wir gestern bereits meldeten, ist im Prozeß des Reichspräsidenten Ebert der Angeklagte Rothardt wegen öffentlicher Beleidigung zu drei Monaten Gefängnis verurteilt, in den Urteilsgründen (deren wesentlichsten Teil wir umstehend wiedergeben) ist jedoch festgestellt, daß der Wahrheitsbeweis des Angeklagten gelungen ist, daß der jegliche Reichspräsident Landesverrat begangen hat.

In der Presse ist ein Sturm entbrannt. Je nach der Parteilichkeit wird das Urteil mit Empörung oder Befriedigung begrüßt. Zunächst muß der scheinbare Widerspruch erklärt werden, daß das Gericht den Wahrheitsbeweis als gelungen ansieht, aber trotzdem verurteilt. Das erklärt sich daraus, daß auch eine wahre Behauptung nach unferem Strafgesetzbuch beleidigend sein kann. So ist es eine strafbare Beleidigung, wenn man einen, der im Zuchthaus gelassen hat, als „Zuchthäuser!“ bezeichnet, weil niemand das Recht hat, einen Mitmenschen vor anderen bloßzustellen.

Daß eine solche in der Art des Ausdrucks liegende Beleidigung des Reichspräsidenten durch Rothardt vorliegt, ist kein Zweifel, die Ausdrucksweise Rothards war in der Tat beleidigend. Wundert man sich nur, weshalb angeklagt des Verleumdung solcher sogenannten „formalen“ Beleidigung aus § 185 des Strafgesetzbuches überhaupt Strafantrag aus dem § 186 S.G.B. gestellt wurde wegen sogenannter „verleumderischer“ Beleidigung, bei der der Angeklagte sich durch Wahrheitsbeweis entlasten kann. Was der Reichspräsident sich bei Stützung der Anklage auch auf diese Befreiung gedacht hat, ist unklar. Denn schließlich, daß er an der Revolution beteiligt war, das ist ihm dann an die Spitze des Staates trat, das war ja wohl nicht erst zu beweisen, geschweige denn zu widerlegen, und daß die Beteiligung an der Revolution als Verstoß gegen die damalige Verfassung strafbar war, steht im Gesetz deutlich zu lesen. Auch ist es immerhin ein protefter Ehrgeiz für einen Mann, der der langjährige Führer einer revolutionären Partei war, nun plötzlich, nachdem die Revolution erfolgreich war, nicht mehr als Revolutionär, auch nicht als gewöhnlicher, gelten zu wollen.

Der Reichspräsident muß doch schließlich selber ganz genau wissen, welche Rolle er in

der Revolution gespielt hat, und mußte also mit der Möglichkeit rechnen, daß der Wahrheitsbeweis ihn belasten würde. Wenn er Privatmann wäre, könnte das gleichgültig sein. Aber er ist heute der oberste Beamte des Reiches und hat nun durch den Prozeß das Ansehen des Reiches, das er dem Ausland gegenüber vertritt, auf das Schwerste geschädigt. Man mag im Ausland muß er sich durch diesen Prozeß ganz einfach schicklich machen, und in der Politik gilt nun einmal der bekannte Satz, daß Väterlichkeit schlimmer als ein Verbrechen ist. Wir brauchen unfern Leuten nicht erst zu sagen, wie sie über einen Reichspräsidenten denken sollen, der von einem deutschen Gericht als Landesverräter geteilt ist, selbst wenn die Berufung das Urteil aufheben sollte. Aber die außenpolitische Seite mußte herorgehoben werden. Denn es kann dem deutschen Volk vor seiner Vergangenheit und Zukunft nicht gleichgültig sein, wenn sein oberster Beamter sich selbst damit Reich und Volk vor dem Ausland derart kompromittiert. Der Reichspräsident hat mit dem Prozeß seine oberste Pflicht als Vertreter des Reiches gegenüber den fremden Staaten auf das Schwerste verletzt.

Aber auch innenpolitisch hat er, von seiner eigenen Verlor ganz abgesehen, einen ganz großen Fehler begangen, indem er nun dem alten Streit um den „Dolchstoß“ neue Nahrung gegeben hat. Daß das ein Fehler gegenüber seinen politischen Gegnern war, wird er und keine Partei bald spüren, aber es war auch gegenüber seinen Genesungsgenossen, denen er damit nicht nur Knüppel, sondern einen ganzen Felsblock zwischen die Beine wirft, ein ungläublicher Fehler, der selbst sie ernsthaft daran zweifeln machen müßte, ob Ebert nach einer derart kompromittierenden Unvorsichtigkeit noch weiter das volle Vertrauen und die Führerschaft seiner Partei behalten kann.

Jedenfalls demerachtetheit sich wieder einmal die alte deutsche Volksweisheit: „Der Krug geht so lange zum Wasser, bis er bricht“, und das mag das einzig Tröstliche bei dem schlimmen Schlag sein, den der Reichspräsident unferem Völkchen im Ausland zugefügt hat.

### Weihnachten.

Von Katharina von Dheimb.

Vor fast 2000 Jahren erging an die Menschheit die Botschaft: „Ehre sei Gott in der Höhe, Frieden auf Erden und den Menschen ein Wohlgefallen.“ 2000 Jahre! Und doch sind wir jetzt der Verwirklichung dieser Botschaft ferner als je, und zwar durch die Schuld der Menschen.

„Ehre sei Gott in der Höhe...“ Bismarck prägte einst das stolze Wort: „Wir Deutsche fürchten Gott und sonst nichts auf der Welt.“ Wie steht es damit im heutigen Deutschland? Man könnte wohl sagen, daß in Deutschland jetzt alles andere aber geküßelt wird, als Gott! Man fürchtet kein Gott zu verlieren, in der Politik fürchten man, einer anderen Partei gegenüber ins Hintertreffen zu kommen — aber Gott fürchtet man wahrlich nicht heutzutage! Es wird in unferer Zeit so viel gelacht und gelächelt gegen die Vergötterung des Staates, die im alten Preußen geberricht haben soll. Und doch wäre es für uns und für Deutschland besser, wenn alle von jenem begreifenden Gefühl befeelt wären, „non le roi de prusse“ in hingebender Selbstverleugung zu arbeiten, wenn die Gerechtigkeit vor dem Staat, dem Gemeinwohl wieder auflebte, wenn der Staat der höchste Vertreter des göttlichen Weltgesetzes war. Statt dessen ist es selbst in Beamtenkreisen mitunter so, daß jeder nur danach strebt, für sich oder doch seine Partei möglichst viel aus dem Staat herauszuschlagen. Die Politiker, vor allem die Abgeordneten, betrachten vielfach ihr Mandat als eine persönliche Geldequelle, oder sie sind die Vertreter einer bestimmten Interessengruppe und wollen durch ihre parlamentarische Tätigkeit dieser, nicht aber dem Gemeinwohl des Staates dienen. Wieder andere sind nur auf die Zurückziehung ihrer Parteibekanntnisse eingestellt, ganz gleichgültig, ob die Verwirklichung für das Wohl der Gesamtheit wünschenswert wäre oder nicht. Nur wenige haben bei ihrer politischen Tätigkeit wirklich nur die höchsten Erziernisse des Staates mit klarem, ruhigem, nüchternem und doch unerbittlichem Blick im Auge; nur wenige denken daran, daß der Staat wirklich die höchste dem Menschen erreichbare weltliche Organisation und als solche zur Verwirklichung höchster geistiger Ideale berufen sein könnte, wie es der alte Hegel lehrte. Diejenigen aber, die wirklich noch diese alten Ideale im Herzen tragen, sind leider nur zu oft weltfremde Schwärmer, die nicht mit den Tatsachen zu rechnen wissen. Das aber ist genau so unfruchtbar, wie der starr, einseitige Parteibekanntnis, oder der gierige Geld- und Ruhmbegier auf der anderen Seite. Die Politiker müssen mit doppelter Wachsamkeit und Nächstenliebe die Aufgaben beurteilen und nehmen können, wie sie wirklich sind, damit sie sich durch keinen leeren Schein und keine verlogene Phrasen täuschen lassen und unbeeinträchtigt das in der Wirklichkeit verwirklichen können, was sie zur Verwirklichung ihrer Ideen brauchen können. Wenn Deutschland nicht durch solche Männer regiert wird und anbereits ist, so verbleibt, sich solche Männer heranzuziehen, wird es nie aus dem Sumpf herauskommen, in dem es gegenwärtig steht.

Unser gegenwärtiges politisches System ist aber am allerungünstigsten dazu geeignet, in Deutschland solche Männer in die leitenden Stellen im Parlament, in der Regierung und in der Verwaltung gelangen zu lassen. Denn über die Einstellung der Beamten entscheidet heute bei uns leider vielfach minderbens ebenso sehr die Parteizugehörigkeit, wie die persönliche Tüchtigkeit und der Willkür der Kandidaten. Bei der Kandidatur zu den Parlamentswahlen aber liegt es nicht in der Hand der Politiker, die nicht mit dem Willen haben, sich an der Stelle aufgestellt werden sollen, und da wir leider gebundene Wähler haben, steht es dem Wähler nicht einmal frei, auf den Listen der Parteien durch Unterstreichen der betreffenden Namen denjenigen Politiker zu wählen, den er für den tüchtigsten hält. Wie verhängnisvoll das für unser politisches Leben ist, zeigt sich immer mehr. Es besteht aber wenig Hoffnung, daß ein Reichstag, der auf Grund eines solchen Systems gewählt wurde, dieses je ändern wird. Das könnte vielleicht nur ein Kreis von tüchtigen Männern, die auch dem Parlament gegenüber höherer Gerechtigkeit beharren, ähnlich etwa wie das Direktorium in der französischen Revolution.

# Urteilsbegründung im Ebert-Prozess.

Doch damit der Staat wirklich eine Ver-  
körperung des Weltgeistes wird und Gott in  
der Höhe die Ehre gibt, muß er auch getragen  
sein von einem starken Zusammengehörig-  
keitsgefühl, das seine Glieder verbindet. Mein  
weiter Wunsch ist deshalb, daß der  
Gehalte der Volksgemeinschaft künftig immer  
mehr in den Vordergrund gestellt werde und  
alle Gegensätze zwischen den Parteien, zwischen  
rechts und links zurückgestellt werden gegen-  
über dem einen Gefühl der Zusammengehörig-  
keit, das schließlich alle Deutschen verbinden  
muß. Ein Wort des früheren Reichspräsidenten  
Kautsky, mag man sonst noch keinen Beispielen  
denken wie man will, sollte sich in das Herz  
jedes Deutschen tief einprägen, ich meine das  
Wort: „Ich kenne keine Parteien mehr, ich  
kenne nur noch Deutsche.“ Wären wir heute  
schon so weit, daß dieses Wort ein Ausdruck  
des allgemeinen Empfindens in Deutschland  
wäre, so wäre der schwerste Schritt zum  
Wieder Aufbau unseres Vaterlandes schon über-  
wunden.

„Friede auf Erden und den Menschen ein  
Wohlfühlen!“ — so schloß die Verlesung, die  
vor 2000 Jahren verkündet wurde. Und es  
sollte vor allem denen gelten, die guten Willens  
sind. Schon seit fünf Jahren herrscht ein  
legener. In der Erde, aber er glüht  
mehr einem Waffenstillstand. Die Köhner  
Zone soll doch nicht zur auszubehenden Zeit  
werden, unsere Bedingungen für einen  
Eintritt in den Waffenstillstand sind bisher nicht  
objektiv und gerecht genug worden, wie  
wir erwarten konnten. Mein Wunsch  
wäre für die äußere Politik ist deshalb, daß  
es unserer Regierung auch künftighin immer  
mehr gelingen möge, die anderen Völker von  
dem wirtlichen Vorhandensein unseres guten  
Willens in Deutschland zu überzeugen — so  
weit das mit unserer nationalen Würde verein-  
bar ist.

Allerdings hoffe ich, daß Deutschland auch  
dann auch endlich bei den anderen Völkern,  
d. h. bei ihrer Regierung mehr guten Willens  
antreffen wird, als bis hierher der Fall war  
(an gutem Willen von privater Seite hat es  
gegen Deutschland gegenüber im Ausland  
immer nicht gefehlt, das beweisen die Aufre-  
isungen und alles, was sonst noch für  
hungende Kinder und andere Bedürfnisse in  
Deutschland getan wurde).

Aber auch hier ist es freilich unerlässlich,  
daß wir uns das große Bismarckwort zu Herzen  
nehmen: „Wir Deutsche fürchten zu Her-  
zuß nicht nichts auf der Welt.“ — damit werden  
wir uns durchsetzen. Es wird uns da-  
vor bewahren, in friedlichen Stufen mit  
den anderen Völkern zu kriechen und uns  
alles gefallen zu lassen, was sie uns im Sieges-  
übermut auferlegen wollen, es wird uns aber  
auch die Kraft geben, unsere eigenen Fehler  
einzusehen — unserer Würde als Volk wie  
als Einzelpersönlichkeiten brauchen wir darum  
doch nichts zu vergeben, beides schließt sich  
nicht aus.

Dann wird auch die Zeit kommen, wo wir  
im Innern nicht mehr die losgeronnenen Ge-  
fühler der Abgeordneten, der Senatoren, der  
Kriegsbesieger, der Kriegswunden und  
ihrer hungernden Kinder auf Schritt und  
Tritt antreffen, und dann muß es auch wieder  
möglich sein, daß wir uns im Ausland sehen  
lassen können, ohne gehässig, liebevoll oder ge-  
tingelgigige Bemerkungen über Deutschland  
und die Deutschen hören zu müssen. Ob und  
wann es kommt, liegt aber zum Teil an uns,  
dann auch wir müssen daran mitarbeiten, daß  
Ehre sei Gott in der Höhe, Friede auf  
Erden und den Menschen ein Wohlfühlen.

Die Urteilsbegründung führt u. a. aus:  
Beliebig im Sinne des § 185 ist jede  
Behauptung, auf die es nach keiner Stellung in der  
Gesellschaft Anspruch hat. Als beliebig sind fol-  
gende Stellen angesehen worden: einmal die An-  
rede „Freie“ und ferner der Satz „Beweißen Sie  
doch, daß Sie kein Landesverrat sind.“ Der  
Wahrscheinlichkeit ist dahin anzunehmen, daß  
der Redner für Landesverrat gehalten wurde. 1. durch  
die Beteiligung am Berliner Waffenstillstand; 2. durch  
die Verletzung des Streits auf Kiel; 3. durch  
den Versuch, einen solchen Streik in Genuß zu  
bringen. Die Behauptung ist dahin anzunehmen,  
endlich 4. durch planmäßiges Eingegangehalten  
und Durchsetzen von Maßnahmen der Obersten  
Verwaltung zum Zweck der Durchführung der  
Landesverratigung.

Was die beiden drei Punkte anlangt, so hat die  
Berufung keinen Beweis dafür erbracht, daß  
die aufgestellten Behauptungen wahr sind.  
Am 28. Januar drach in Berlin ein allgemeiner  
Streik aus, der sich auch auf andere Großstädte  
ausdehnte und die Währungsindustrie lahmlegte.  
Seine Ursache waren hauptsächlich politische.  
Die Arbeiter, die der Sozialdemokratischen Partei  
angehörten, wünschten nun, daß der sehr radikalen  
Streikleitung auch Mitglieder ihres Vaterlands  
angehörten. Der Vorstand erklärte sich bereit,  
wenn die Delegiertenkommission wünschte,  
einige ihrer Mitglieder in die Streik-  
leitung zu entsenden. Zu diesen Mitgliedern ge-  
hörte u. a. auch der Redner. Am 29. Januar  
vormittags trat sich die Streikleitung im Ge-  
schäftslokal an, wobei der Redner für anwesend  
gelte, ist nicht festgesetzt.

Am Nachmittag kam die Streikleitung wieder  
zusammen.

Diesmal war der Redner für zugegen.  
Scheidemann berichtete über die Bemühungen,  
mit Wästel zu verhandeln. Am Nachmittag  
wurde auch das Gewerkschaftsamt belet und der  
Oberbischöflicher in den Wästel verbot jede  
weitere Zusammenkunft sowie jede weitere Be-  
tätigung der Streikleitung. Dieses Verbot wurde  
den Mitgliedern der Streikleitung zugestellt. Am  
30. Januar abends trat man sich  
in einer Kasse in Triplicon.

Da war der Redner für zugegen. In dieser  
Sitzung wurde ein Flugblatt beschlossen, das sich  
an die streikenden Arbeiter wandte und zum Aus-  
fallen aufforderte. Der dieses Flugblatt ent-  
worfen hat, ist nicht sicher festgesetzt. Der Aus-  
wurf wurde jedenfalls vorgelesen und es wurde  
dagegen von keinem der Teilnehmer Widerspruch  
erhoben. Am 31. Januar hat dann der Redner  
an der Rede, die im Geschäftslokal gesprochen  
wurde. Der erste Teil dieser Rede in Triplicon wurde  
von den Streikenden mit Wästel aufgenommen. Dann  
ging der Redner auf die Streikforderungen ein  
und sagte:

„Eure Forderungen sind gerecht. Sattler ruhig  
aus, eure Arbeitsblätter in den anderen Städten  
gehen euch bei!“

Am Schluß seiner Rede wurden dann auch Juris-  
kon, „Gesellschaftsbesche“ und es wurde auch ein  
Zettel zum Redner hinausgegeben. Was auf diesem  
Zettel hand, ist nicht nachgewiesen. Dann er-  
klärte der Redner, die „Gesellschaftsbesche“ kommen,  
und die Partei sich bemühen, daß sie juristisch  
werden.“ Daß der Redner für weiter, wie die  
Zeugen Sarg und Gohert bezeugen haben, auch  
noch sagte, die Streikenden sollten die „Gesellschafts-  
besche“ nicht befolgen, ist nicht nachgewiesen.  
Da es um die Zeit keine Notiz an dem Grund  
dieser Feststellungen nachgewiesen ist, daß der  
Redner für Landesverrat angesehen hat. Die  
Frage ist lediglich vom strafrechtlichen Stand-  
punkt aus vorzunehmen.

Diese Sachlage, die politisch und moralisch  
geboten sein kann, kann trotzdem den Tatbestand  
des strafrechtlichen Delikts erfüllen.

§ 89 macht sich des Landesverrats schuldig,  
wenn er als Deutscher vorläufige und sonst gegen  
das Deutsche Reich ausgebrochenen Krieges einen  
feindlichen Macht Vorstoß leistet oder der Kriegs-  
macht des Deutschen Reiches Nachteile zufügt. —  
Daß ein politischer Waffenstillstand, der also auch die  
Währungsindustrie umfaßt, zur Zeit des Krieges  
beweist werden. Ein solcher Waffenstillstand legte  
die Währungsindustrie lahm und fügte dadurch der  
Kriegsmacht des Reiches Nachteile zu. Die Folgen  
des Streits fann die Arbeiter, und wenn  
sie trotzdem den Streik wählten, begingen sie  
Landesverrat. Ihr Delikt dauerte an, solange sie  
die Arbeit verweigerten. Aber nicht nur die strei-  
kenden Arbeiter selber begingen Landesverrat,  
sondern auch alle anderen, die den Streik aufre-  
teten, organisierten, führten und führten, mach-  
ten sich des Landesverrats schuldig, wenn sie den  
Streik entzündeten. Nachteil für die Kriegs-  
macht erkannten und trotzdem eine den Arbeit-  
erorganisierung oder lözende Tätigkeit entfalteten  
eines nach § 89 macht sich des Landesverrats schuldig  
und der Redner für Landesverrat ist nicht an-  
gesehen. Er ist ohne ihr Mitteln entstanden.

Der Redner für hat sich aber an der zur  
Organisation und Führung des Streits  
bestimmten Streikleitung aktiv beteiligt.

Er hat an mehreren Versammlungen der Streik-  
leitung teilgenommen und bei der Fassung von  
Beschlüssen, deren Durchführung für die Fort-  
leitung des Streits von ausschlaggebender Durch-  
führung war, mitgewirkt. Die Organisation der  
Mittlung am 31. Januar 1918 und die Abhaltung von  
Versammlungen aufgestellt worden. Es ist auch  
in dieser Versammlung das schon erwähnte Flug-  
blatt verfaßt und seine Verbreitung angeordnet  
worden. Der Redner für hat auch an dem Exem-  
plar am 31. Januar 1918 zu den Streikenden  
aus, das dazu bestimmt Redner gesprochen. Er  
hat, als er mit dem ersten Teil seiner Rede seinen  
Beifall fand, sondern mehr oder weniger  
Störungen erlitt. Die Rede des Redner für  
wurde durch den Vorstand des Gewerkschafts-  
amts am 31. Januar 1918 in anderen Städten  
lesen zu muß!

Damit hat er zum Vorherrschen in der Bewegung,  
das heißt im Streik, beigetragen.

Es ist nicht zureichend, daß der Ton bei diesen  
Worten auf dem Wort „ruhig“ liegt, der Nach-  
satz ist sonst nicht verständlich, er beweist das  
Gegenteil. Als diese Bedingungen, die den  
Mitteln organisiert, wurden, erkannten der  
Redner für als solche gestellt, obwohl er  
sah, daß diese fördern und süßenden Erfolg  
haben würden, und daß dadurch der Kriegsmacht  
des Reiches Nachteile zufügen würde. Er hat  
sich aktiv an der Organisation des Streits  
beteiligt und hat sich an der Verbreitung des  
§ 89 des Strafgesetzbuches vorzüglich gehalten.

Damit ist er schuldig, daß er im strafrechtlichen  
Sinne Landesverrat  
getrieben hat.

Es ist gegen die Möglichkeit einer solchen Fest-  
stellung eingewendet worden, der Redner für  
habe die Absicht gehabt, den Streik im Interesse  
der Landesverratigung abzumirren. Auch habe  
er nicht anders handeln können, wenn er sein  
Land nicht verlassen wollte. Er hat sich aber  
gegenüber dem Redner für politisch oder  
historischen Standpunkt aus betrachtet werden,  
sonst dieser Einwand beachtlich sein. Für die  
Frage aber, ob strafrechtlich der Tatbestand des  
§ 89 erfüllt ist, ist der Einwand ohne Belang.  
Von welchen Beweggründen der Redner für ge-  
leitet wurde, oder welchen anderen Zweck er über  
seinen Vorfall hinaus verfolgte, ist für die straf-  
rechtliche Frage, ob hier Vorfall vorliegt, ohne  
Belang. Er ist nicht zu ermitteln, da er nicht  
wollte, obwohl er sich bemüht war, daß durch die  
der Kriegsmacht Nachteile zufügen wurden, be-  
geht er Landesverrat im strafrechtlichen Sinne.  
Hiernach konnte eine Verurteilung des An-  
geklagten nach § 185 nicht erfolgen. Dagegen war

der Angeklagte aus § 185, also wegen formaler  
Beleidigung zu bestrafen.  
Von den Beleidigungen, die zu Anfang der  
Urteilsbegründung als Beleidigungen bezeichnet  
wurden, trägt nach Überzeugung des Gerichts  
der Ausdrach „Landesverrat“ am allergeringsten.  
Als der Angeklagte den Redner für mit diesem  
Ausdrach beleidigte, als er also den Artikel schrieb,  
hatte er noch keinen eigenen Angabe gemacht  
über die Absicht, einen solchen Vorstoß zu leisten.  
Er hat also offenbar absichtlich eine so schwerwiegende  
Beleidigung ausgesprochen, eine Beleidigung ge-  
genüber dem Reich, die nicht nur die Kriegs-  
macht, sondern den Staat als Ganzes, sondern die  
Landesverratigung zu unterbrechen. Endlich kommt es  
aber für das Strafmaß in Betracht, daß der An-  
geklagte mit seiner Beleidigung den höchsten Ver-  
dammten des Reiches, der das Reich völkerrätig  
vertritt, getroffen hat. Alle diese Umstände lassen  
die Tat des Angeklagten so schwer erscheinen, daß  
trotz seiner Jugend und seiner offensbaren Un-  
fertigleit nur eine empfindliche Gefängnisstrafe  
eine angemessene Güte sein kann. Das Gericht  
hat eine Strafe von 3 Monaten für erforderlich  
gehalten. Dagegen war nach Überzeugung des  
Gerichts nach Überzeugung des Gerichts der  
Platz zu erkennen. Weiter hat es beschlossen,  
die Vollstreckung eines Teiles von einem Monat  
auf die Dauer einer Bewährungsfrist von 3 Jahren  
bei der Aussicht auf fortgesetzten guten Ver-  
halten und Herberberst, sondern auch durch  
Rechtssinn und Unerbarmlichkeit veranlaßt wurde.

## Berufung gegen das Urteil.

Der Generalstaatsanwalt wie auch der Neben-  
kläger des Reichspräsidenten Ebert haben gegen  
das Urteil des Magdeburger Schöffengerichts Be-  
rufung eingelegt.

In Straßburg (Frankreich) hat eine politische  
Kundgebung stattgefunden, bei der heftige  
Reden gegen das Kabinett Herriot gehalten  
wurden. Nach dem Abg. des Ministre-Departement,  
Francois, und dem ehemaligen Abge-  
ordneten, die sich sehr mit der radikal-  
sozialistischen Partei auseinandersetzen, sprach  
der ehemalige Kriegsminister Maginot.  
Er sagte u. a.: „Frankreich war noch dem 11. Mai  
1918 ein Land, das eine eigene nationale  
Politik hatte und sich nicht von anderen Län-  
dern ins Schlepp nehmen ließ. Seitdem die  
Mehrheit am Ruder ist, wird ein Fehler nach  
dem andern begangen. Die Regierung gibt  
den Revolutionären immer nach und unter-  
gräbt zusehends das Ansehen Frankreichs.  
Diese Regierung, die sich eine demotralische  
nennt, hat die Pünamung des Ruhrgebietes  
verprochen. Wir haben eigene Gegenleistung,  
und ohne den Rückzug unserer Truppen wird  
Gegensatz eines Tauschgeschäftes zu machen,  
ein wichtiges Pfand aus der Hand gegeben.“

Aus der französischen Hafen- und Handels-  
nach Boulogne wird gemeldet, daß dort in  
der Bevölkerung eine große Erregung ausge-  
brochen ist, weil polnische und deutsche  
Luftfahrer von dort große Mengen von  
Heringen aufkauften, was zu einer Preis-  
steigerung führte. Die französischen Zeitungen  
benutzen die Meldung, um in der ihnen  
eigenen maßlosen Weise gegen Deutschland zu  
fehlen.

## Spröde und rote Haut

Ausprengen der Hände und des Gesichts, Wundheilung  
u. unein. Zeit Leokrem Dieses  
belehrt sofort die ungew. Schwärze  
Sausprengungen erhalten Sie überall, wo Sie die  
bekannte Wundheilung-Jahreszahl lauten.

## Die Insel der verlorenen Schiffe.

Roman von Erittenden Marriot.  
Uns Deutsche übertragen von Ottomar Reichard.  
37. Fortsetzung. Handbuch verordnet.

Dorothea verhielt ihm den Mund mit ihrer  
kleinen Hand.

„Schweig, Francis,“ sagte sie. „Ich Rede  
dich, und alles andere ist mir gleichgültig. Was  
Sobin anbetrifft, so kommt du ihm nicht etwas  
zaubern, was ihm nie gehört hat, und was ihm  
niemals gehört haben würde.“

In diesem Augenblick gab die Maschine  
keine Geräusche von sich. Havard warf  
einen Blick auf den Fächer.

„Die Batterien sind geladelt,“ sagte er, „und  
für uns, die Zeit, ist es jetzt Zeit, zur Ruhe  
zu gehen.“

### XXI.

Havard erhob sich bei aufleuchtender Sonne.  
Seine Energie hatte wieder einmal alle seine  
Müdigkeit gestiftet. Ohne die auf dem Boden  
der Kabine schlafend umherliegenden Kame-  
raben zu wecken, ging er an seinen Beob-  
achtungsposten, dann auf die Brücke. Ein  
kurzer Ueberblick genagte ihm, um über die  
Beschaffenheit der Meeressoberfläche Klarheit zu  
gewinnen. Im Innern des Bootes war alles  
in Ordnung, die Maschine konnte in Marsch  
gesetzt werden. Dann begann er die Wasser-  
kisten zu füllen. Langsam frömte der Wasser-  
stein herein, und ohne lebe Geräusch tauchte  
das Boot in die Tiefe. Ganz anfangs war die  
Weibung der Ugen an den Schiffswänden sehr  
hart, dann nahm sie ab; aber die Glasplatten  
des Windpusses legte sich die Dunkelheit, das  
Licht erglück. U 135 war unten ange-

langt. Nachdem es etwa fünfzehn Meter tief  
gelangt, hörte Havard den elektrischen  
Strom ein. U 135 gewann mehr und mehr an  
Geschwindigkeit. Drei Stunden darauf, als die  
Schläfer endlich ihre Augen öffneten, stand  
Havard immer noch am Periskop. Er ge-  
staltete sich eine Erholung, und er war noch  
nicht von seinem Posten getwischen.

Dort oben stand die Sonne hoch am  
Himmel. Schmachtes Licht drang durch das  
Periskop, ein schwaches Zeilen dafür, daß die  
Wegstrecke dünner wurde, um mindestens  
von Zeit zu Zeit von Spalten durchsetzt war.  
Wahrscheinlich U 135 bald wieder zur Höhe  
emporkommen und den Weg an der Oberfläche  
fortsetzen.

Gerade als Havard sich seinen Betrach-  
tungen hingab, wurde das Boot von einem  
süchtlichen Schlag erschüttert, dem ein dumpfes  
Geräusch folgte; zugleich tauchte etwas hun-  
dert Meter vor ihnen der Kiel eines großen  
Schiffes auf. Stoppen oder die Richtung  
ändern, war in diesem Augenblick nicht mehr  
möglich, aber schneller als der Blitz an den  
beiden Seiten und Hand Havard. Seine  
Entschlossenheit und überlegene Kenntnis der  
nautischen Kunst der Gefahr sofort zu be-  
gegnen. Er rief das Horizontal-Steuer herum,  
und U 135 raste in vollster Geschwindigkeit  
dem Meeressgrund zu. Havard machte den  
verzagten Versuch, unter dem Hindernis  
wegzukommen. Endlich sah er klares Wasser  
vor sich, und es gelang ihm, U 135 unter  
dem Hindernis hindurch zu bringen. In der Tief-  
verlöbenden Wasser hindurchzuweichen. Er  
fühlte, wie das U-Boot den Meeressgrund  
streifte, wie es in all seinen Metallteilen er-  
litterte. Dann endlich konnte er wieder einige  
Meter ansteigen und in horizontaler Richtung  
weiterfahren.

Aber die Gefahr schien noch nicht vorüber.  
Als Havard jetzt verfuhr, wieder aufzu-

treiben, stellte es sich heraus, daß die Ma-  
nometer starken Druck anzeigten und daß das  
Boot, statt zu steigen, sinken zu tun. Unger-  
denn oder bäumte sich das Vorderende des U-  
Bootes und zwar in so tiefem Winkel zur  
Wasseroberfläche, daß das Boot beinahe lotrecht  
stand. In den Kammern klagten die Ge-  
genstände durch und übereinander, die Schläfer  
ermachten, Schreie erlitten. Die ganze Ge-  
sellschaft wurde durcheinandergewirbelt, und  
dem unglücklichen Piloten wurde mit Entsetzen  
klar, daß das U-Boot völlig aus seinem Gleich-  
gewicht gerieten würde. Verzweifelt flammerte  
sich Havard an eine Stange, rein mechanisch  
öffnete er die Ventile zu den Wasserfässen,  
brückte immer wieder auf das Höhensteuer.  
Ein Stoß folgte dem anderen. Maschinenfeuer  
lausten durch die Luft; die Schiffswände  
wurden gegen die Wände ihres Gefängnisses  
geschleudert.

Endlich — wieder waren die Sekunden zu  
Stunden geworden. — sah Havard sich um  
und stellte fest, daß U 135 von hellem Tages-  
licht überflutet lag. Auch die Wände des  
Bootes aus Metallgefäß. Die Maschinen  
standen, die elektrischen Lampen waren er-  
löschen. Bahnhinweis Angst im Herzen taufte  
sich der Offizier durch das in der Kabine her-  
schende Halb Dunkel und rief laut nach Dorothea.  
„Hier bin ich, Francis,“ hörte er ihre  
Stimme.

„Bist du verletzt?“ fragte er vor Erregung  
altend.

„Nein, ich glaube nicht, Francis, und wenn,  
dann höchstens eine Schramme. Und den-  
noch beste die Stimme der mutigen Fran-  
cis.“  
„Und die anderen, was ist mit ihnen? Sied  
die alle lebend?“  
Die beiden Joffen, Jacquett und der Pa-  
tor medelten sich, laut durcheinandberufen.  
Havard ließ einen Seufzer der Erleichterung  
aus.

„Gott sei gelobt. Wenigstens sind wir mit  
dem Boot davongekommen.“

„Was ist denn vorgefallen, Mister Havard?“

„Genau weiß ich es selbst nicht. Ich nehme  
an, daß dich vor uns ein Wrack in die Tiefe  
sank, das uns in seinen Strudel mit hinein-  
zog. Den Zusammenstoß haben wir zum Glück ver-  
mieden, und jetzt sind wir wieder oben. Aller-  
dings will es mir scheinen, als ob unsere  
Maschinen völlig hinüber sind. Ich werde  
den Beckenlauf hinauf.“

Havard ließ hinauf und verfuhr zuerst  
vergeblich, den Beckenlauf zu lösen. Die Schrau-  
wengänge waren jedoch zerstückt, und es  
dauerte geraume Zeit, bis er Erfolg hatte.  
Schließlich gelang es seinen Anstrengungen,  
Der Auswurf lag offen vor ihm, und der  
Offizier mußte den Horizont.

„Friedlich schwamm U 135 auf ruhigem Ge-  
wässer. Aus dem Sargasso-See schienen sie  
beinahe heraus zu sein. In einer Entfernung  
von kaum einer Viertel Seemeile manobrierte  
ein Panzerkreuzer, der die amerikanische Flaga-  
tung, während eine Motorbarke sich mit  
großer Geschwindigkeit ihnen näherte. Havard  
ließ sich die Augen.“

„Moi!“ krügte er.

Der Bedoffizier, der das kleine Fahrzeug  
befehligte, war erstaunt die Urne in die Luft.  
„Stopp!“ befohl er. „Wo U-Boot! Wo  
kommt Ihr denn her?“

„Annap aus dem Grab,“ erwiderte Ha-  
vard perest. „Sie amüßten sich wohl gerade  
damit, ein paar Wrack zu torpedieren, nicht  
wahr?“

„Ja, wir sind eben dabei, die schwimmenden  
Rästen zu zerstören, weil wir uns einen Weg  
bahnen müssen, um den Ueberlebenden der  
„Queen“ zu Hilfe zu kommen. Haben Sie  
etwas von ihnen gesehen oder gehört?“